



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

**Drucksache Nr.:**  
**03268-05-E1**

An den  
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dortmund

19.09.2005

### **Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt**

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		8.2
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		22.09.2005

### **Tagesordnungspunkt**

Geplante Abschaffung der Schulbezirksgrenzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus bitten, folgenden Antrag zu beraten und zur Abstimmung zu stellen:

1. Der Rat der Stadt Dortmund spricht sich gegen die von der Landesregierung NRW geplante Abschaffung von Schulbezirksgrenzen an Grundschulen aus.
2. Stattdessen hält die Stadt Dortmund an der wohnortnahen Schule, die allen Kindern offen steht und ihrem sozial-integrativen Auftrag gerecht wird, fest.
3. Das Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ soll auch weiterhin für Grundschul Kinder gelten, damit sie allein bzw. mit anderen Schülerinnen und Schülern den Schulweg selbstständig zurück legen können.
4. Eine anforderungsgerechte Schulentwicklungsplanung und eine damit verbundene Planungssicherheit setzt die Beibehaltung von Schulbezirksgrenzen voraus.
5. Über die bereits bestehenden Ausnahmeregelungen für Eltern, eine andere als die Wohnortschule zu wählen, sind keine weiteren Öffnungsklauseln notwendig.
6. Der Rat der Stadt Dortmund fordert den Städtetag auf, seine ablehnende Haltung zu diesem Vorstoß der Landesregierung aufrechtzuerhalten und interkommunal seinen Einfluss geltend zu machen, die Abschaffung der Schulbezirksgrenzen zu verhindern.



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

Begründung:

Mit der geplanten Abschaffung der Schulbezirksgrenzen würde in das Recht des Schulträgers, u.a. Schulstandorte und Zügigkeiten festzulegen und für eine gleichmäßige Verteilung der Anmeldungen zu sorgen, in unangemessener Weise eingegriffen. Insbesondere die rückläufigen Schülerzahlen machen eine zentrale gesamtstädtische Planung unverzichtbar.

Bereits jetzt gibt es Überschneidungsgebiete für Grundschulen, die sich bestens bewährt haben. Darüber hinaus bestehen Ausnahmeregelungen für Eltern, die es ermöglichen, eine andere als die Wohnortgrundschule zu besuchen.

Eine generelle Abschaffung der Schulbezirksgrenzen würde gerade in einer Großstadt wie Dortmund zu erheblicher Planungsunsicherheit der Eltern und der Schulen und zu nicht sinnvollen Investitionsentscheidungen führen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Ernst Prüsse  
Für die SPD-Fraktion

F.d.R.:

Monika Greve

Mit freundlichen Grüßen

gez. Daniela Schneckenburger  
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

f.d.R.:

Stefan Neuhaus